

Zukunftsfähigkeit, Mythen und Recht

„Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) – Privatisierung oder Stärkung der Solidarität“ war der Titel einer Veranstaltung Mitte Juni im Münchner Holiday Inn, veranstaltet von der AOK Bayern.

Gewerkschafts- und SPD-Urgestein Fritz Schösser, Vorsitzender des Verwaltungsrates der AOK Bayern, begrüßte die knapp 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer indem er eindringlich für die „Stärkung der Solidarität in der GKV“ plädierte und einem „Mehr an Eigenverantwortung“ eine Absage erteilte. Diese „belaste die sozial Schwachen weit mehr und höhle das Solidarprinzip aus“. Seit Jahren werde das Solidarprinzip „entkernt“.

Ökonomie und Recht

„Die GKV ist zukunftsfähig“ betitelte Dr. Rolf Rosenbrock seinen Beitrag, in dem er die gesundheitlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben der sozialen Krankenversicherung herausarbeitete und die fünf Basiskomponenten des „Steuerungsmodells GKV“ vorstellte. Rosenbrock machte nicht Halt vor den Schwächen des GKV-Systems, brachte jedoch auch Lösungen zur Überwindung dieser Schwächen. Erstere seien meist politisch verursacht und lägen an der Erosion der Einnahmen und der Belastung der Solidarität, an der unfairen Konkurrenz der Privaten Krankenversicherung (PKV), am Verschiebeparkhof, an den zu geringen Direktzahlungen sowie an den vielen Fehlanreizen. Überwunden werden könnten diese Defizite durch paritätische Beitragsfinanzierung, Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze. Der PKV billigte er lediglich Zusatzversicherungen zu und grundsätzlich sollte die GKV von PKV-Elementen befreit werden. Er schlug zudem eine Finanzierung aus dem Gesundheitsfonds zu 100 Prozent vor und eine Verstärkung der Morbiditätsorientierung des Risikostrukturausgleichs (RSA). Schließlich gelte er die Kopfpauschale und das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags als einen Irrweg. Fazit: „Die Weiterentwicklung der GKV zur Bürgerversicherung ist die wegweisende und nachhaltige Antwort auf den ökonomischen, sozialen, gesundheitlichen und medizinischen Wandel in Deutschland.“

Professor Dr. Thorsten Kingreen stellte die „GKV zwischen Wettbewerbs- und Sozialrecht“ vor.



Die Gesundheitskasse lud zum zehnten Mal zum AOK-Forum ein und gekommen waren unter anderem namhafte Referenten: Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Wissenschaftszentrum Berlin, Hartmut Reiners, Ministerialrat a. D., Berlin, und Professor Dr. Thorsten Kingreen, Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht (v. li.).
(Foto: AOK)

Der Jurist zeigte, wie gesetzliche Krankenkassen, eigentlich Behörden, dem „gesellschaftlichen Megaprinzip Wettbewerb“ ausgesetzt seien. Die Probleme im Spannungsfeld zwischen Sozial- und Kartellrecht teilte er in „Kooperation oder Konkurrenz?“, „Verhältnis der Krankenkassen untereinander“ und „Verhältnis der Krankenkassen zu Leistungserbringern“, um schließlich auf verfassungs- und europarechtliche Implikationen einzugehen. Er beleuchtete die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Kontrollbefugnis des Bundeskartellamts, das Verhältnis zwischen europäischem und deutschem Kartellrecht, die Abschwächung des Solidarprinzips durch zunehmende Steuerfinanzierung und die Notwendigkeit eines Gesundheitsregulierungsrechts.

Hartmut Reiners entzauberte in seinem Vortrag „Mythos Privatisierung“ die PKV und hielt die Grundsatzfrage, ob das Gesundheitswesen privat oder öffentlich finanziert werden soll, historisch längst für beantwortet. In Deutschland stünden im Zusammenhang mit der Privatisierung im Gesundheitswesen vor allem politische Streitfragen, wie duales System von GKV und PKV, Sozialausgleich, Zuzahlungen und paritätische Finanzierung im Mittelpunkt. Gerade mit „der Behauptung, mit dem Einfrieren des Arbeitgeberanteils würden Lohnkosten gesenkt und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt, wird ein Popanz aufgebaut. Die Parität ist eher eine gesellschaftspolitische als eine ökonomische Frage“, so Reiners.

Gesundheitspolitik

Dr. Markus Söder (CSU), Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, plädierte in seinem Grußwort dafür, das Patienteninteresse in den Vordergrund zu stellen und gegen ein Modell „Kopfpauschale“. Söder sah keine echte Alternative zur gegenwärtigen GKV. Dieses müsse jedoch weiterentwickelt werden. Dazu habe die Bayerische Staatsregierung bereits Lösungsvorschläge unterbreitet. Speziell zum Gesundheitsfonds sagte der Minister, dass „dieser Fonds keine Probleme löst, sondern welche verursacht“. Ein einheitlicher Beitragsatz in der GKV sei zudem in Zeiten des Wettbewerbs abzulehnen und nicht nur in Sachen Honorarreform warb er für mehr Transparenz und Verständlichkeit.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, die von Werner Buchberger (Bayerischer Rundfunk) moderiert wurde, machten die Referenten im Frage-Antwort-Duell ihre Standpunkte nochmals klar. So sei das Gesundheitswesen nicht per se eine „Jobmaschine“ und die GKV sei „kein empirischer Test auf Komplexität“, wenn die Akteure vor der Reform nicht wüssten, was hinterher rauskomme.

Das Schlusswort sprach Dr. Claudia Wöhler, Alternierende Vorsitzende des Verwaltungsrates der AOK Bayern.

Dagmar Nedbal (BLÄK)